

**César für Wim Wenders**

Der Regisseur wurde für den besten Dokumentarfilm geehrt. **Vermischtes 6**



**Bremer Braumanufaktur**

Markus Freybler will eine neue lokale Bierkultur etablieren. **Wirtschaft 13**



**WM-Silber für Severin Freund**

Der Skispringer wurde in Falun Zweiter auf der Normalschanze. **Sport 23**



**Eine TV-Legende wird 40**

Nonsens mit Niveau: „Saturday Night Live“. **Entertainment 27**



## Volksbegehren vor dem Aus?

### Bremer Senat prüft Antrag gegen Bauprojekte

**Der Bremer Senat lässt ein Volksbegehren mehrerer Bremer Initiativen juristisch prüfen, um es zu stoppen.**

VON FRAUKE FISCHER

**Bremen.** Der Auftakt im Herbst war medienwirksam verkündet worden: Eine ganze Reihe von Bürgerinitiativen, die sich gegen verschiedene Bauprojekte in ihren Nachbarschaften wehren, hatten sich zu dem Bündnis „Initiativen für Bremen“ zusammengeschlossen und ein Volksbegehren für einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, mit dem sie die Baupläne stoppen wollten. Der Bremer Senat aber will das nicht hinnehmen. Das Ansinnen widerspricht dem erklärten Ziel Bremens, mehr und vor allem bezahlbaren innerstädtischen Wohnraum zu schaffen. Aus einem internen Vermerk, der unserer Zeitung vorliegt, gehen Details zu einer juristischen Prüfung durch den Senat hervor.

„Wir haben erhebliche Zweifel, ob das Volksbegehren juristisch haltbar ist“, hat Bausenator Joachim Lohse (Grüne) diese Woche außerdem in der Bürgerschaftsdebatte über den Flächennutzungsplan eingeklärt. Lehnt der Senat das Volksbegehren ab und die Initiatoren halten daran fest, muss der Staatsgerichtshof entscheiden. Das Bündnis ist offenbar zu weiteren Schritten entschlossen. „Wir würden auch den Weg vor Gericht wagen“, sagt Mitinitiator Gerhard Bomhoff auf Nachfrage.

Laut Vermerk der prüfenden Ressorts gibt es baurechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Bürgerantrag. Aus Sicht der Juristen in den Behörden deutet demnach einiges darauf hin, „dass das VB unzulässig sein könnte“. Es kämen Verstöße gegen das Baugesetzbuch in Betracht. Zudem könne erwogen werden, ob der Ortsgesetz-Entwurf, der Inhalt des Volksbegehrens ist, „wegen der Unklarheit seiner rechtlichen Konstruktion gegen das Bestimmtheitsverbot verstößt“.

Das Bündnis will mit nur einem Volksbegehren erreichen, dass 99 Flächen in der Stadt auch zukünftig nicht bebaut werden dürfen. Dabei zeigt ein Blick in die Liste, dass der Großteil der aufgeführten Flächen Parks, Friedhöfe und andere Landschaftsflächen sind, die auch als solche ausgewiesen, mithin kein Bauland sind. „Das will kein Mensch, das will auch keine Behörde“, versicherte die grüne Bürgerschaftsabgeordnete Maike Schaefer. Sie nahm damit Bezug auf einen offenen Brief des Bündnisses an alle Abgeordneten. Um ihre Sache zu unterstützen, hatte es nämlich an die Volksvertreter appelliert, den neuen Flä-

chennutzungsplan nicht zu verabschieden. Diesen deutet es als Grundlage, die den Weg für weitere Bebauung frei macht.

Die Initiativen wollen beispielsweise nicht, dass am Werdersee in Huckelriede die „Gartenstadt Werdersee“ entsteht. Auch der ehemalige Betriebschef in der Bildungstraße an Knoops Park in Bremen-Nord soll nicht bebaut werden. Weitere Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern, die Bebauung in ihrer Nachbarschaft verhindern wollen, haben sich dem Bündnis angeschlossen.

Aus Sicht des Bau- und Umweltsenators ist dieses Volksbegehren eine „Mogelpackung“. Die Initiatoren verstecken in ihrer Liste von 99 Flächen jene wenigen Baugebiete in ihren Nachbarschaften, um die es ihnen eigentlich gehe. Dabei müsse dringend Wohnraum geschaffen werden. „Wir brauchen und wollen qualitatives Wachstum in der Stadt“, betonte auch Jürgen Pohlmann (SPD). Und er tadelte „fehlendes soziales Verhalten der Initiatoren“. Die Initiativen, so Bomhoff, fühlten sich durch solche Äußerungen „diffamiert“.

Der Bürgerantrag „Für ein lebenswertes Bremen“ ist eines von zwei Verfahren, die derzeit über einen Volksentscheid zu Gesetzesänderungen in Bremen führen wollen. Bekanntlich hat ver.di einen Bürgerantrag initiiert, um die Abfallwirtschaft in die öffentliche Hand zurückzuführen. Die erforderlichen 5000 Unterschriften haben beide Bürgeranträge genommen. Während der Senat die Zulassung des Volksbegehrens gegen die Bebauung aber noch prüft, hat der Bürgerantrag zur Rekommunalisierung diese Hürde bereits genommen und die Bürgerschaft das Thema auf der Tagesordnung gehabt (wir berichteten).

Im weiteren Verfahrensschritt hätten Initiatoren drei Monate Zeit, gut 21 000 Stimmen von Wahlberechtigten zu sammeln, die einen Volksentscheid befürworten. Hat das geklappt, müssen sich 20 Prozent aller Bürgerschaftswahlberechtigten am festgesetzten Termin an dem Volksentscheid beteiligen, damit die Wahl gültig ist. Ein solcher Volksentscheid entfällt, wenn bereits in der Bürgerschaft entschieden wurde, den jeweiligen Gesetzesentwurf komplett zu übernehmen.

Davon ist der Bürgerantrag der „Initiativen für Bremen“ offenbar weit entfernt. „Nach ersten Erkenntnissen sind wir skeptisch, weil hier in einer Entscheidung für 99 Flächen festgelegt werden soll, sie nicht zu bebauen“, heißt es in der Baubehörde. Der Senat habe im Übrigen die Pflicht, Volksbegehren rechtlich auf ihre Zulässigkeit zu prüfen, so der Sprecher. **Kommentar Seite 2**

## Noch mal gut gegangen



Sebastian Prödl bejubelt seinen Ausgleichstreffer in der Nachspielzeit.

FOTO: DPA

**Bremen (mhd).** Bis zur zweiten Minute der Nachspielzeit sah es nach der ersten Werder-Niederlage in der Rückrunde aus. Dann köpft er nach langer Verletzungspause erstmals eingewechselte Sebastian Prödl doch noch den Ausgleich. 1:1 (0:0) spielte Werder beim FC Schalke

04 und bleibt damit in der Nähe der internationalen Plätze. Für enttäuschte Bremer Gesichter hatte vor dem späten Ausgleich Raphael Wolf gesorgt. Der Werder-Torwart hatte Max Meyer nach 61 Minuten mit einem dicken Fehler das Tor zum Schalke 1:0 ermöglicht. **Berichte Seite 19**

**ANZEIGE**

### Kreuzfahrtmesse Bremen

**Heute**

## Sonntag 22. Februar

10.30 - 17.30 Uhr  
bei **AUTOWELLER**  
Osterdeich 151, Bremen

**Eintritt 5,-**

[www.kreuzfahrtmesse-bremen.de](http://www.kreuzfahrtmesse-bremen.de)

## Pastor Olaf Latzel im Porträt

**Bremen (wtc).** Es gibt keinen Pastor in Bremen, der so weit gegangen ist wie er. Keinen, der für so viele Schlagzeilen gesorgt hat. Und keinen, der so umstritten ist. Mit einer einzigen Predigt hat es Olaf Latzel geschafft, dass bundesweit über ihn, seine Gemeinde, den Glauben und darüber gesprochen wird, was ein Prediger darf und was nicht. Uni-Theologen haben sich im Auftrag der Landeskirche mit seinem Text befasst, die Staatsanwaltschaft macht es immer noch. Sie prüft, ob sie gegen den Geistlichen der St.-Martini-Gemeinde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung zu eröffnen hat. Wer ist der Mann, der die Bremer Kirche seit Wochen in Aufruhr versetzt und für dafür verantwortlich gemacht wird, sie in die Krise gestürzt zu haben? **Porträt Seite 9**

## Griechenland muss Reformen zusagen

**Brüssel.** Nach der Grundsatzeinigung auf eine Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland um vier Monate steht Athen erneut unter Zugzwang. Nur wenn die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras auf Grundlage der Brüsseler Absprachen bis zum Montag belastbare Reformzusagen macht, soll frisches Geld fließen. Während Tsipras gestern vom Ende der verhassten Sparmaßnahmen sprach, sah die griechische Opposition die Einigung als Niederlage für seine Regierung. Die Einigung war am Freitagabend nach erbittertem Tauziehen erreicht worden. Wie genau die Reformliste Athens aussehen wird, war gestern unklar. Zu möglichen Maßnahmen zählen der Kampf gegen Steuerhinterziehung und gegen Korruption. **Bericht Seite 4**

## Kerry kündigt neue Sanktionen an

**London-Lugansk.** US-Außenminister John Kerry hat neue Sanktionen gegen Russland im Ukraine-Konflikt angekündigt. Die US-Regierung erwäge „ernste Sanktionen“, sagte Kerry gestern Abend in London. Er erwarte, dass Präsident Barack Obama „in den kommenden Tagen“ die Möglichkeiten prüfe und „seine Entscheidung trifft“, sagte Kerry. Er sei „zuversichtlich“, dass weitere Schritte als Reaktion auf den Bruch der Waffenruhe im Osten der Ukraine folgen würden. Unterdessen haben Aufständische und Regierungseinheiten in der umkämpften Ostukraine einen Teil ihrer Gefangenen ausgetauscht. In der Nähe der Separatistenhochburg Lugansk übergaben die Separatisten der Armee gestern 139 Offiziere. Das Militär ließ dafür 52 Aufständische frei, wie örtliche Medien berichteten. Der Austausch ist Teil des ansonsten sehr brüchigen Friedensabkommens, das die Konfliktparteien in der vergangenen Woche in Minsk geschlossen hatten.

## Marinehubschrauber angeblich nicht seetauglich

Neuer „Sea Lion“ soll laut internem Gutachten nicht über offenem Meer fliegen dürfen

**Berlin-Hamburg.** Der neue Marinehubschrauber NH90-NTH „Sea Lion“ darf nach einem internen Gutachten des Luftfahrtamts der Bundeswehr nicht über Nord- und Ostsee eingesetzt werden. Nach den international gültigen Bestimmungen erreiche er nur die „Flugleistungsstufe 3“. Das berichtet „Der Spiegel“ und zitiert aus dem Gutachten. Damit sei „der Betrieb über Gebieten mit schwierigen Umgebungsbedingungen nicht erlaubt“. Als solches sei das offene Meer nördlich des 45. Breitengrades definiert, also auch die Nord- und Ostsee. Die Beamten raten laut „Spiegel“ dringend davon ab, sich mit Ausnahmeregelungen über internationale Sicherheitsstandards hinwegzusetzen.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums wies die Dar-

stellung als „nicht richtig“ zurück. „Natürlich wird der „Sea Lion“ alle Fähigkeiten haben, um im Seeflug und als Rettungshubschrauber eingesetzt zu werden“, sagte er.

Es sei „ein ganz normaler Vorgang, dass auf dem langen Weg bis zur Einführung eines neuen Systems zahlreiche Tests und Überprüfungen gemacht werden, um ein leistungsfähiges System zu bekommen“. Was schließlich zähle, sei „die Version, die von der Bundeswehr am Ende abgenommen wird“.

Der neue Marinehubschrauber ist Bestandteil des ersten großen Rüstungsdeals von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Die 18 Hubschrauber sind Teil einer Rahmenvereinbarung mit dem Hersteller Airbus über insgesamt 168 Helikopter im Wert von 8,7 Milliarden Euro. Der Haushaltsausschuss des Bundestags wird trotz der internen Warnungen voraussichtlich in dieser Woche über den Vertrag entscheiden.



Nur bedingt einsatzbereit? Ein NH 90-Helikopter der französischen Marine.

FOTO: ANTHONY PECCHI/NHINDUSTRIES

## Karstadt: Weniger Entlassungen

**Essen.** Gute Nachrichten für die Karstadt-Beschäftigten: Der Betriebsrat hat nach eigenen Angaben in Verhandlungen mit der angeschlagenen Warenhauskette die Zahl der geplanten Kündigungen deutlich verringern können. Vereinbart wurden etwa Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen. Deshalb habe sich die Zahl der zu erwartenden Entlassungen von ursprünglich 2750 auf 1400 quasi halbiert, berichtete gestern der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Hellmut Patzelt. Das Unternehmen selbst wollte sich nicht zu konkreten Zahlen äußern, bestätigte aber die Einigung und sprach von einem „Durchbruch“ beim Sanierungsprogramm. Konzernführung und Arbeitnehmer haben sich demnach darauf verständigt, für die von Kündigungen betroffenen Mitarbeiter eine Transferegesellschaft einzurichten, um sie weiterzuqualifizieren. Änderungskündigungen und Abgruppierungen werde es nicht geben, versicherte der Konzern.

### Gewinnzahlen

3 18 31 35 41 42

Spiel 77: **0415156** Superzahl: 1  
Super 6: **994012** Ohne Gewähr



### Inhalt

Familie 32  
Fernsehen 31  
Genuss 29  
Lesermeinung 4  
Rätsel & Roman 30  
Trend 25  
Wohin am Sonntag? 16

### Fußball-Bundesliga

FC Schalke - Werder Bremen **1:1**  
FSV Mainz - Eintr. Frankfurt **3:1**  
Augsburg - Bayer Leverkusen **2:2**  
SC Freiburg - TSG Hoffenheim **1:1**  
Paderborn - Bayern München **0:6**  
1. FC Köln - Hannover 96 **1:1**  
**Berichte Seiten 19 bis 21**

### Wetter

Tagsüber **7°**  
Nachts **3°**  
Niederschlag **40%**  
Ausführliches Wetter Seite 6

### Prognose

Im Laufe der Nacht wird der Wind immer stärker, dabei beginnt es zum Teil kräftig zu schneien und zu regnen. Am Montag überwiegen erst Regenschichten. Später bekommt die Wolkendecke mehr Lücken.